



Schrittmacher

Zeitung der DKP Berlin für die Charité- & Vivantes-Beschäftigten

Juni 2014



Charité-Vorstand spielt auf Zeit

*Tarifverhandlungen bei der Charité:
Bisher nur schöne Worte*

Die Tarifverhandlungen an der Charité laufen inzwischen fast ein Jahr. Und die berechtigten Forderungen der Beschäftigten sind noch immer nicht erfüllt.

Der Charité-Vorstand zeigt auch nach Monaten keinerlei Bereitschaft, ernsthaft auf die Bedürfnisse der Beschäftigten einzugehen: Mindestbesetzung, gesundheitsfördernde Maßnahmen und Ausbildungsqualität. Eine Pflegekraft darf nicht mehr als zwei Schwerstkranke auf der Intensivstation und nicht mehr als fünf PatientInnen auf Normalstationen versorgen müssen. Kein Nachtdienst darf mehr allein verrichtet werden. Das sind ganz

bestimmt keine überzogenen Forderungen, sondern Mindeststandards. An der Charité sind derzeit rund 4200 Pflegerinnen und Pfleger beschäftigt, rund 300 Vollzeit-Stellen fehlen.

Natürlich bedeutet mehr Personal für die Klinik eine Erhöhung der Personalausgaben – also Geld, das von den Krankenkassen kommen müsste. Durch das DRG-System (System diagnosebezogener Fallgruppen/Fallpauschalen) sind die Überweisungen der Kassen jedoch gedeckelt. Die Einführung dieses Systems hat also zu massivem Personalabbau und zu beispielloser Arbeitsverdichtung im

➔ Fortsetzung auf Seite 2



Baustelle Vivantes

*Geschäftsführung baut auf
Kosten der Belegschaft*

Im März wurde Finanzgeschäftsführer Bernd K. wegen des Verdachts der Bestechlichkeit entlassen. Nun kam heraus, dass die Unternehmensberatung Kienbaum ausdrücklich von seiner Einstellung abgeraten hatte, worüber sich der Aufsichtsrat damals hinwegsetzte. Bei Vivantes gibt es in naher Zukunft gleich mehrere große Bauvorhaben. Allein zwei neue Bettenhäuser in der Landsberger Allee kosten 105 Mio Euro. Obwohl das Land dies eigentlich dem Gesetz nach bezahlen müsste, nimmt Vivantes einen Kredit auf. Und der wird aus den Geldern, die eigentlich für den Betrieb und das Personal vorgesehen sind, zurückgezahlt. Der Marburger Bund forderte nun auch eine Tarifierhöhung von 13 Millionen Euro, wie sie kürzlich ver.di für die 13000 Pflegekräfte, OP-Schwester und Techniker ausgehandelt hat. Verteilen würden sich die aber auf nur 1750 Assistenz- und Fachärzte. Da der Arbeitsgeber diese Forderung nicht erfüllen will, läuft gerade eine Urabstimmung über einen Streik.



Welche Pflege brauchen wir?

Die geplante Pflegereform jedenfalls nicht

Die Missstände in der Pflege sind bekannt. Herrmann Gröhe (CDU) ist bereits der vierte Gesundheitsminister, der eine „große Reform des Pflegebegriffs“ plant. Zwei weitere Untersuchungen sollen künftige Leistungshöhen abschätzen, greifen sollen die Ergebnisse in zwei Jahren. Längst ist erwiesen, dass Menschen mit Demenz viel zu geringe Leistungen aus der Pflegeversicherung erhalten. Immer noch werden geistige und psychische Beeinträchtigungen weniger berücksichtigt als körperliche Ursachen von Pflegebedürftigkeit. Die geplante Einführung von 5f Pflegegraden anstelle der bisherigen 3 Pflegestufen greift zu kurz.

Der VdK Deutschland kündigt an, die Pflegereform vor dem Verfassungsgericht einzuklagen. Die Gewerkschaft ver.di bemängelt die Finanzierung. Sie schlägt vor, anstelle der Bildung eines Vorsorgefonds besser in die Ausbildung zu investieren. Denn Wissenschaftler prognostizieren einen Bedarf von 500 000 Vollzeitpflegekräften in den nächsten 20 Jahren. Das jetzige Finanzierungssystem wird nicht verhindern, dass immer mehr Menschen von Armut durch Pflege betroffen sind. Daher bedarf es einer wirklichen Reform, z.B. einer Umlagefinanzierung der Ausbildung sowie der Auflösung der Interessenskollision des MDKs, der gleichzeitig Geldgeber (MDK wird durch Kassen finanziert) und Kontrolleur ist.

Auf unsere eigene Kraft kommt es an. Zwingen wir Senat und Charité-Vorstand zu besseren Arbeitsbedingungen in der Charité und allen anderen Unternehmen im Gesundheitswesen.

► Fortsetzung von Seite 1

Gesundheitsbereich geführt. Die Entwicklung an der Charité ist dafür leider beispielhaft: Gesundheitsversorgung ist ein Menschenrecht – aber in der Bundesrepublik hat sich eine Zwei-Klassen-Medizin herausgebildet, in der Schwerkranken, als Kassen- oder Privatpatienten, unterschiedlich behandelt werden.

Die Forderungen der Charité-Beschäftigten sind also berechtigt. Das hat inzwischen sogar die in Berlin (im Bund und im Land) mitregierende SPD bemerkt. Auf ihrem Berliner Landesparteitag am 17. Mai verabschiedeten die Sozialdemokraten einen Beschluss, in dem es unter anderem heißt: „An der Charité muss wieder gute Arbeit, gute Pflege und eine gute Betreuung zur Regel werden. Dieses Ziel ist wichtiger als ein möglichst großer Gewinn zum Abschluss des Haushaltsjahres!“ Konkret wird von den eigenen Senatoren in Berlin gefordert: „Die SPD hat sich im Bundestagswahlkampf für eine bessere Personalausstattung der Krankenhäuser stark gemacht. Wir sollten dabei nicht darauf warten, dass der konservative Gesundheitsminister Gröhe hier aktiv wird, sondern mit den landeseigenen Berliner Kliniken als Vorbild vorangehen!“

ver.di hat den Beschluss der SPD-Delegierten begrüßt. Aber: „Den Worten müssen nun Taten folgen“, fordert ver.di-Verhandlungsführerin Meike Jäger. „Dieser Beschluss ist ein klares Signal für die politisch Verantwortlichen im Abgeordnetenhaus, im Berliner Senat und im Aufsichtsrat der Charité. Sie müssen nun die politischen und finanziellen Weichen stellen, um einen Tarifabschluss zu ermöglichen, der die dringend notwendige Verbesserung der Arbeits- und Gesundheitsbedingungen an der Charité ermöglicht.“

Geschenkt bekommen werden wir Verbesserungen auch durch noch so schöne Beschlüsse auf Papier nicht. Diesem Senat, der Tag für Tag eine Million Euro für den verbotenen Flughafen übrig hat, gehen die Beschäftigten der Charité am Allerwertesten vorbei. Auf unsere eigene Kraft kommt es an. Zwingen wir Senat und Charité-Vorstand zu besseren Arbeitsbedingungen in der Charité und allen anderen Unternehmen im Gesundheitswesen.



Aufruf an die Schrittmacher-Leserschaft

Liebe Leserin, lieber Leser, seit über 10 Jahren gibt es nun schon den Schrittmacher, der aller 2 Monate verteilt wird. Wir sind natürlich auch an Eurer Meinung interessiert. Schreibt uns Leserbriefe, gebt uns Hinweise und Tipps. Eure Briefe bitte an:

Deutsche Kommunistische Partei
Landesorganisation Berlin
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

Tel.: 030.29783132
Büroöffnungszeiten:
Mo. - Do. 16 Uhr - 19 Uhr
Mail: info@dkp-berlin.info

Eure Schrittmacher-Redaktion



Staatsstreich in Zeitlupe

Das Freihandelsabkommen EU-USA

✚ Hinter verschlossenen Türen forcieren die EU und die USA in Geheimverhandlungen das Freihandelsabkommen „Transatlantic Trade and Investment Partnership“ (TTIP).

Grundlage ist ein geheimes Mandat durch die EU-Staaten vom Juni 2013 für die EU-Kommission, das weit gefasst ist und viel Spielraum lässt.

Geld schlägt die demokratische Verfassung

Es geht um ein neues internationales Supergrundrecht für Konzerne: Ein Grundrecht auf ungestörte Investitionsausübung. Das Freihandelsabkommen will exklusive Sonder- und Schutzrechte für Großinvestoren schaffen, welche die Parlamente binden und fesseln. Wenn diese neuen Gesetze erlassen werden, droht künftig, dass ein Konzern wegen enttäuschter Gewinnerwartungen den Staat wegen indirekter Enteignung auf Schadenersatz in Milliardenhöhe verklagt. Beispiele gibt es schon heute: Vattenfall z.B. verklagt gerade die Bundesrepublik auf 3,7 Mrd. Euro Schadensersatz wegen des Atomausstiegs. Über solche Klagen sollen dann aber zukünftig nicht ordentliche rechtsstaatliche Gerichte, sondern private, geheim tagende Schiedsgerichte entscheiden, die mit privaten Anwälten aus internationalen Kanzleien besetzt sind. Das geplante Freihandelsabkommen würde nun diese Privatjustiz globalisieren, etablieren und nobilitieren im Großwirtschaftsraum EU-USA.

Freihandel führt zur Verelendung

Viele Menschen befürchten also zu recht, das TTIP weitere Entdemokratisierung, Abbau von Beschäftigtenrechten, Absenkung von Löhnen, von Standards beim Umwelt- und Verbraucherschutz bedeutet.

Die Erfahrungen mit den Freihandelsabkommen, die bisher von den USA und der EU mit Entwicklungsländern geschlossen wurden, sind verheerend. NAFTA (zwischen den USA, Kanada und Mexiko) z.B. hat einen rasanten Anstieg der Armutsquote in Mexiko, einen Abbau von über 1 Million Industriearbeitsplätzen in den USA und eine Ausweitung der Niedriglohnjobs zur Folge gehabt seit Inkrafttreten in 1994.

Daseinsvorsorge wird privatisiert

Kommunen und ihre Bürger bangen, dass große Teile der Daseinsvorsorge - insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Erziehung, Bildung und Ver- und Entsorgung usw. - der Profit- und Wettbewerbslogik geopfert werden. Was das heißt, haben wir in Berlin ja schon damals mit der Privatisierung der Berliner Wasserbetriebe leidvoll erfahren müssen.

Die Verhandlungen zum TTIP müssen eingestellt werden, der EU-Kommission muss das Verhandlungsmandat vom Ministerrat entzogen werden oder sie muss dies Mandat von sich aus zurückgeben. Das alles wird aber nicht ohne großen öffentlichen Druck passieren. Daher ist der Widerstand aller gefordert. Beteiligt euch an den Aktionen gegen TTIP!



Gegen Kriegstreiberei und Sozialabbau

Rückblick auf den
1. Mai 2014

„Gute Arbeit. Soziales Europa!“ und „Würde kennt keine Ausnahme!“ Unter diesen Parolen standen die diesjährigen Maikundgebungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, denen in Berlin etwa 10.000 Menschen folgten. Ohne die Bedeutung dieser Themen zu vernachlässigen, hatten einige Gewerkschafter der GEW und Verdi sich allerdings in diesem Jahr aus aktuellem Anlass der Friedenspolitik gewidmet und forderten: „Erziehung zum Frieden und nicht zum Krieg“ und ein „Verbot der Rüstungsexporte“ auf den Transparenten. Die Eisenbahnergewerkschaft EVG setzten in ihren Block das Thema der schleichenden Militarisierung unserer Gesellschaft. Unter dem Banner „Nie wieder Krieg – Gegen Kriegstreiberei und Sozialabbau“ hatten sich Mitglieder der EVG mit Pickelhauben auf dem Kopf „in Marsch gesetzt“, um so auf die Gefahren einer militärischen Konfrontation aufmerksam zu machen. Hinter den Masken von Gauck, Merkel, Steinmeier und von der Leyen, sowie ausgestattet mit Offizierspickelhauben, marschierten in der ersten Reihe des Demozuges die Alphatiere vorneweg, und skandierten die kriegerischen Parolen, mit denen einige Politiker glauben, Konflikte lösen zu können. Leider fanden diese Aktionen keinen Einzug in die Berichterstattung, wichtig waren sie auf jeden Fall.



EU-Wahlen: Der Schoß ist fruchtbar noch ...

Die im Vorlauf der Europawahlen von den Medien hoch gehängte „Rechtsentwicklung“ in der EU ist bei den Wahlen am 25.5. zumindest teilweise eingetreten: Rechtsradikale und offen faschistische Kräfte haben sich die Unzufriedenheit vieler Menschen mit sinkenden Reallöhnen, Massenarbeitslosigkeit und dem Fehlen jeglicher Perspektive für die Jugend, zunutze gemacht. Besonders tragisch zeigt sich das in Frankreich, wo der „Front National“ stärkste Partei wurde, aber auch in England, Griechenland und Deutschland. Neben der AfD wird auch die NPD im Europaparlament vertreten sein.

Wenig Beachtung wird der Tatsache gewidmet, dass auch fortschrittliche, sozialistische und kommunistische Parteien Erfolge erzielen konnten, die Zahl ihrer Abgeordneten im Eu-Parlament hat zugenommen. Die DKP konnte (noch) keinen Sitz in Brüssel erreichen, unser Wahlergebnis in Berlin liegt gut 1000 Stimmen über dem von 2009.



Kontakt & Impressum:

Deutsche Kommunistische Partei
Landesorganisation Berlin
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

Tel.: 030.29783132

Mail: info@dkp-berlin.info

Web: www.dkp-berlin.info

V.i.S.d.P.: R. Perschewski,
Franz-Mehring-Platz 1, Berlin



CFM-Betriebsratswahl 2014

Gewerkschaften klar vorne bei der CFM-Belegschaft

Das Ergebnis der Betriebsratswahlen in der CFM macht deutlich: trotz aller – oder gerade wegen der – z.T. skurrilen Versuche, den gewerkschaftlichen Betriebsratswahlkampf zu behindern, hat die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler diesen Kolleginnen und Kollegen ihr Vertrauen ausgesprochen.

Erstmals haben die gewerkschaftlichen Betriebsräte bei der CFM eine klare Mehrheit erreicht und damit endlich auch einen größeren Handlungsspielraum für eine erfolgreiche Interessensvertretung.

Die Redaktion des SCHRITTMACHER gratuliert allen GewerkschaftsvertreterInnen ganz herzlich zu ihrer Wahl! Und so wurde gewählt: Die ver.di – und gkl –Liste haben jeweils 6 Mandate erhalten, die Listen „Frischer Wind“ 4, „Unabhängige Alternative“ 3 und „Einer für alle“ 2 Mandate.

Tarifvertrag jetzt

ver.di ist mit klaren Forderungen in die Betriebsratswahlen gegangen. Das Stimmergebnis zeigt, dass dies von den Beschäftigten verstanden wurde. Damit sind aber auch entsprechende Erwartungen an die Betriebsräte gestellt. Gerade die Betriebsratswahlen 2014 haben nicht im „luftleeren Raum“ stattgefunden. Wirtschaftliche, soziale und gesamtgesellschaftliche Entwicklungen haben Einfluss auf die Wirkungsmöglichkeiten der Betriebsräte.

Die Charité insgesamt ist einer der Global Player im Gesundheitswesen. Den immer größer werdenden Druck auf ihre Arbeits- und Lebensbedingungen bekommen die Beschäftigten täglich hautnah zu spüren. Umso wichtiger ist eine starke Interessensvertretung. Die Politik der Charité-Führung ist da ein harter Gegenspieler. Ihre Strategie ist es, die gesellschaftliche Verpflichtung der gesundheitlichen Daseinsvorsorge auszuhebeln und dieses „Unternehmen“ dem Diktat der Profitmaximierung unterzuordnen. Das muss gestoppt werden. Die Ausgliederung der CFM muss wieder rückgängig gemacht werden.

Mit der Durchsetzung dieser Forderungen steht nicht nur die Interessensvertretung der Charité-Beschäftigten – einschließlich derjenigen der CFM – auf der Tagesordnung, sondern auch eine gesellschaftspolitische, denn Gesundheit geht uns alle an. Hier treffen betriebliche und gesellschaftliche Interessensvertretung aufeinander. Das Betriebsratswahlergebnis bei der CFM ist dafür eine gute Voraussetzung.

Ver.di ist mit der Forderung nach einem Tarifvertrag in die Betriebsratswahlen 2014 gegangen. Die Gleichbehandlung der CFM-Beschäftigten mit denen der Charité steht auf der Tagesordnung.

Die nächsten Wochen werden entscheidend sein, dass es gelingt, für die Durchsetzung die Belegschaft zu mobilisieren.